

Ein neues Wohlstandsverständnis

Die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ ist ein sozialdemokratisches Projekt. Die „Fort-schritts-Enquete“ arbeitete von Januar 2011 bis April 2013.

Aufgabenstellung

Angesichts des Klimawandels, der Ausbeutung der Natur, des demographischen Wandels, zunehmender sozialer Spaltung der Gesellschaft sowie der Wirtschafts- und Finanzkrise, ist eine neue Debatte über die Grenzen des Wachstums notwendig. Die Krisen unserer Zeit haben in der Bevölkerung Zweifel an den Maßstäben und Grundlagen unseres Wirtschaftens geweckt.

Wir Sozialdemokraten definieren die Ziele des Wirtschaftens neu. Unser Ziel ist ein gesellschaftlicher Fortschritt, der Lebensqualität und Wohlstand in den Mittelpunkt rückt und Nachhaltigkeit in der Gesellschaft stärkt. Wir streben ein neues Wohlstandsverständnis an, das Lebensqualität nicht am Bruttoinlandsprodukt (BIP), sondern unabhängig von Wachstumsraten bewertet. Wir wollen hin zu einem Wohlstandsverständnis, das über materiellen Güterkonsum hinausweist, ohne Verzicht zu predigen.

Zentrale Fragestellung

Die zentrale Fragestellung für uns war, wie wir auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts reagieren werden:

- Wie können wir
- so mit der Natur umgehen, dass alle Menschen ein gutes Leben führen können, ohne die Grundlagen unserer Zivilisation zu zerstören?

- soziale Sicherheit gewährleisten und die politischen Rahmenbedingungen so gestalten, dass der Zusammenhalt der Gesellschaft gestärkt, eine ressourceneffiziente Wirtschaftsweise gefördert und die Stabilität unserer Demokratie gefestigt wird?

Wie kann also ein sozialökologischer Umbau gelingen, und wie können wir dabei die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung so gestalten, dass alle am Wohlstand teilhaben?

Dazu müssen wir auch das BIP als Indikator für Wohlstand und Lebensqualität hinterfragen. Von vielen wird der Anstieg des BIP nach wie vor als alleiniger wesentlicher Indikator für Wachstum gewertet wird. Wir benötigen aber einen neuen Maßstab, mit dem die Teilhabe an Wohlstand und Lebensqualität umfassender beurteilt werden kann. Wohlstandsmessung muss zusätzlich die ökologischen und sozialen Dimensionen abbilden. Nur so werden die Auswirkungen von politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen transparent.

Zwei zentrale SPD-Positionen

Die Wachstumsfrage

Für uns Sozialdemokraten ist bei allen verschiedenen Definitionen von Wachstum wichtig: Wachstum führt nicht automatisch zu Wohlstand und sozialem Aufstieg. Die Wirtschaft wächst, und trotzdem geht es vielen Menschen nicht besser, da sie sich in unsicheren und schlecht bezahlten Beschäftigungsverhältnissen befinden. Das sind allein in Deutschland knapp sieben Millionen Menschen. Wir wollen ein Wachstum, das Umwelt, Wirtschaft, Finanzmärkte, gerechte Verteilung und gesellschaftliches Vertrauen dauerhaft in Einklang bringt und an dem jeder teilhaben kann.

Wachstum und damit verbundene gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung müssen heute nachhaltig und auf den Erhalt der Umwelt ausgerichtet sein, soziale Errungenschaften verteidigen und die globale Dimension beachten. Die vorgeschlagenen Maßnahmen von CDU/CSU und

FDP verbleiben dagegen in veralteten Denkmustern. Dabei hat der schwarz-gelbe bedingungslose Wachstumsglaube mit dazu beigetragen, dass wir heute mit der Finanz-, Wirtschafts- und Umweltkrise zu kämpfen haben.

Die sozialökologische Transformation

Der Kommissionsbericht zeigt sehr deutlich die vielfache Überschreitung von ökologischen und sozialen Grenzen auf. Ein Mentalitätswechsel ist deshalb erforderlich, denn unser gegenwärtiges Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell ist nicht zukunftsfähig. Wir sprechen uns für einen sozialökologischen Umbau von Marktwirtschaft und Gesellschaft im Sinne eines „Pfadwechsels für einen neuen Wohlstand“ aus:

„Mit dem Begriff der sozialökologischen Transformation werden jene Strategien gefasst, die auf eine bewusste gesellschaftspolitische Gestaltung zur Bearbeitung der multiplen Krise setzen und nicht zuvorderst auf den kapitalistischen (Welt-)Markt, der vermeintlich auf die ökologischen Probleme mittels Technologien und Knappheitssignalen reagiert. Wie im Adjektiv „sozialökologisch“ angezeigt, bedarf es grundlegender Veränderungen von Wirtschaft und Gesellschaft sowie ihrer Verhältnisse zu den geologischen und biophysikalischen Lebensgrundlagen. ...

Dieser Gestaltungsansatz orientiert sich einerseits an der Bewertung unserer Epoche als Anthropozän [Anm.: Zeitabschnitt, in dem der Mensch zu einem der wichtigsten Einflussfaktoren auf die Umweltprozesse der Erde geworden ist.] und andererseits am demokratischen, gerechten und solidarischen Umbau hin zu einer nachhaltigen Produktions- und Lebensweise, wobei die Prinzipien auf die eigene Gesellschaft, auf Europa und die Welt bezogen sind. Entsprechend geht es ebenfalls um den Abbau von sozialen Ungleichheiten sowie um die Umverteilung gesellschaftlicher, ökonomischer und politischer Macht hin zu mehr Gerechtigkeit, insbesondere für die schwächeren Bevölkerungsgruppen. Bestandteile einer solchen Transformation sind die Einhegung des kapitalistischen Marktes und der Dominanz des Profitprinzips über eine Ausweitung des Öffentlichen und – wo es sinnvoll ist – des Staates über die Stärkung öffentlicher, genossenschaftlicher sowie solidarischer Ökonomie, die insgesamt die ökologische Tragfähigkeit der Erde beachten. ...



Immer wieder ist zu hören: „Das hört sich ja ganz gut an, aber wer soll das machen?“ Es gibt angesichts der Komplexität der Probleme und der Pluralität der Vorschläge und Forderungen keinen privilegierten Akteur, kein historisches Subjekt. Es geht deshalb darum, Initiativen und Strategien sozialökologischer Transformationen auf allen Ebenen, also innerhalb der Nationalstaaten, auf europäischer Ebene und auf der transnationalen Ebene anzustoßen.“ (Deutscher Bundestag, Drucksache 17/13300, S.483ff)

Bei allem politischen Handeln, aber vor allem bei dem Umsetzen einer Transformation gilt: Politik, die Menschen beteiligen möchte, muss immer auch Sozialpolitik sein. Nur wer Zugriff auf Bildung im umfassenden Sinne hat, kann sein soziales und ökologisches Umfeld selbstbestimmt gestalten. Wir betrachten daher die Sozial- und Umweltpolitik als zusammengehörend.

Die wichtigsten Ergebnisse

Die Enquete-Kommission hatte gemäß des Einsetzungsantrages fünf Themenbereiche zu bearbeiten:

1. Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft

Hier konnten sich Koalition und Opposition nicht einigen. Der kleinste gemeinsame Nenner ist die Feststellung, dass Wachstum kein Ziel an sich ist, sondern nur Folge von politischem und wirtschaftlichem Handeln.

Darüber hinaus hält die SPD-Bundestagsfraktion fest:

- Der demographische Wandel ist kein Sachzwang, der sozialpolitische Errungenschaften in Frage stellt und Ausgabenkürzungen notwendig macht. Die alternde Gesellschaft und die schwindende Bevölkerungszahl sind keine Bedrohung, sondern eine große Chance, um Lösungswege aus den Wachstumszwängen aufzuzeigen. Technologische Entwicklungen und Möglichkeiten müssen ihren Beitrag leisten, genauso wie neue Arbeitszeit- und Organisationsmodelle. Deshalb benötigen wir unter anderem eine breite Finanzierungsbasis für die Sozialversicherungen, beispielsweise durch eine Bürgerversicherung. Auch brauchen wir ein leistungsfähiges, qualifiziertes und hoch entwickeltes Bildungs- und Wissenschaftssystem.

- Eine aktive Rolle des Staates ist notwendig, um die Stärke der deutschen Unternehmen in der Nachhaltigkeit weiter zu fördern und auszubauen. Nur ein Markt mit ökologischen und sozialen „Leitplanken“ gibt Orientierung.

- Wirtschaftswachstum führt nicht automatisch zu mehr „guter Arbeit“. Wir brauchen dringend Reformen auf dem Arbeitsmarkt, die unter anderem mit einem Mindestlohn dafür sorgen, dass prekäre Beschäftigungsverhältnisse der Vergangenheit angehören und es mehr Geschlechtergerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt gibt.

2. Eine neue Wohlstandsmessung

Mit dem von der Kommission erarbeiteten Indikatorenmodell ist es gelungen, Soziales und Ökologie gleichberechtigt neben den materiellen Wohlstand zu stellen.

- „Soziales und Teilhabe“ wird gemessen mit den Leitindikatoren Beschäftigungsquote, Sekundarabschluss-II-Quote, Lebenserwartung und dem Indikator der Weltbank zu „voice

and accountability“, bei dem die Bürgerrechte untersucht werden.

- „Ökologie“ wird mit den nationalen Werten zu Treibhausgasemissionen, Stickstoffüberschuss und Artenvielfalt dargestellt.

- „Materieller Wohlstand“ wird mit dem BIP pro Kopf, der Einkommensverteilung und der Staatsschuldenquote ermittelt.

Die weitergehenden Forderungen der SPD-Bundestagsfraktion zu dem neuen Indikatorenmodell sind:

- Die zehn Leitindikatoren sollen gesetzlich verankert werden.
- Ein neuer Sachverständigenrat für soziale Entwicklung.

- Dieser neue Rat sowie die bestehenden Sachverständigenräte für Umwelt und Wirtschaft sollen gemeinsam einen jährlichen Wohlstandsbericht erstellen. Dieser soll von der Bundesregierung kommentiert und danach dem Deutschen Bundestag zugeleitet werden.

3. Wachstum, Ressourcenverbrauch und technischer Fortschritt – Möglichkeiten und Grenzen der Entkopplung

Weder die hohe Dringlichkeit noch der enorme Umfang der ökologischen Herausforderung ist von einem der Mitglieder der Kommission bestritten worden. Es wurde anerkannt, dass die vom Ökosystem gesetzten Grenzen zwangsläufig auch die Grenzen unseres wirtschaftlichen Handels darstellen und dass eine absolute Reduktion des globalen Ressourcenverbrauchs notwendig ist. Eine relative Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch gilt als nicht ausreichend. Auch war es Konsens, dass Effizienzmaßnahmen (das Verhältnis von Aufwand und Nutzen verbessern) durch Konsistenz- (den Umweltverbrauch durch andere Verfahren senken) und Suffizienzmaßnahmen (den Umweltverbrauch durch geringere Nachfrage senken) ergänzt werden müssen. Dafür braucht es eine gezielte Technologiepolitik sowie politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rahmenbedingungen, innerhalb derer technologische Verbesserungen erst wirksam werden können.

Zu mehr waren CDU/CSU und FDP nicht Willens. Konkrete Handlungsempfehlungen zu erarbeiten wurde mit dem absurden Verweis „Wir sollten uns nicht in Details verlieren“ abgelehnt. Diese Tatenlosigkeit ist eine bewusste Missachtung des Einsatzauftrages des Deutschen Bundestages. Deshalb haben wir Handlungsempfehlungen in einem umfangreichen Sondervotum abgegeben. In mehr als 40 Themenbereichen empfehlen wir rund 50 Maßnahmen.

Die wichtigsten Forderungen seitens der SPD-Bundestagsfraktion sind:

- Wer ein gesellschaftliches Großprojekt wie die Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch erfolgreich bewältigen will, der muss dafür sorgen, dass die Menschen es nicht als soziale Bedrohung empfinden. Umwelt, Wirtschaft und Soziales müssen zusammen gedacht werden.

- Effizienz fängt bei der Gesetzgebung an. Ein zentrales Gesetz, in dem alle rechtlichen Maßnahmen zur Energieeffizienz zusammengefasst sind, ist anwenderfreundlicher als viele verstreute Regelungen.

- Einkommensschwache Haushalte können sich energieeffiziente Technologien meist nicht leisten. Es ist deshalb nicht nur aus Effizienzgründen, sondern auch aus sozialen Gründen erforderlich, diese Haushalte zu unterstützen.

- Eine strikt auf Ressourcenschonung ausgerichtete, öffentliche Beschaffungspolitik kann einen wesentlichen Beitrag zur Entkopplung leisten.

- Die Bundesregierung muss sich auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass bei der Umsetzung der Ökodesign-Richtlinie dynamische Effizienzstandards (Top Runner) vorgesehen werden, die neben der Energieeinsparung auch auf den Ressourcenschutz zielen.

- Deutschland muss eine programmatische Vorreiterrolle durch nationale Programme einnehmen. Diese „Führung durch Vorbildwirkung“ überzeugt andere durch das Vorführen von Lösungen.

4. Nachhaltig gestaltende Ordnungspolitik

Exemplarisch wurde für einzelne ausgewählte Politikfelder eine nachhaltige Ordnungspolitik erarbeitet. Im Zentrum standen Finanzpolitik, Finanzmarktregulierung, Klimapolitik und beispielhaft für die Industrie die Chemiebranche. Folgend die gemeinsamen Ergebnisse:

- Finanzpolitische Entscheidungen sind Ausdruck gesellschaftspolitischer Verständigungsprozesse und Werteentscheidungen. Nachhaltige öffentliche Finanzen sollen eine dauerhafte Handlungsfähigkeit der Finanzpolitik zur Erhaltung der ökonomischen, sozialen und ökologischen Grundlagen des staatlichen Gemeinwesens sicher stellen.

- Finanzpolitik ist nur zukunftsfähig, wenn über den Konjunkturzyklus ausgeglichene Haushalte, ein niedriger Schuldenstand und die Finanzierung öffentlicher Ausgaben dauerhaft erreicht werden.

- Finanzinstitute dürfen nicht mehr ganze Volkswirtschaften an den Rand des Zusammenbruchs führen können. Mehr Transparenz und die Einführung des Haftungsprinzips können einen durchsetzbaren Handlungsrahmen liefern.

- Die Finanzmärkte müssen stärker reguliert werden. Es müssen unter anderem strengere Eigenkapitalanforderungen, eine wirkungsvollere Regulierung des Schattenbankensystems, eine Reform der Vergütungssysteme und eine kompetente Europäische Bankenaufsicht eingeführt werden.

- Um die durch eine immer älter werdende Gesellschaft bedingte Verschuldung zu begrenzen, werden die Erhöhung des allgemeinen Bildungsniveaus, die Förderung der Zuwanderung, die Erhöhung der Frauenerwerbsquote, die Ausweitung der Erwerbsbeteiligung von Personen über 55 Jahren sowie ein weiterer Abbau von Arbeitslosigkeit vorgeschlagen.

- Aktuell gibt es eine Vielzahl von Instrumenten zum Klimaschutz auf regionaler, nationaler, europäischer und globaler Ebene. Deren Wirkungen sind aber nicht immer optimal aufeinander abgestimmt. Das gilt es zu ändern. Außerdem ist eine Reform des EU-Emissionshandels notwendig.



- Die Analyse in der Chemieindustrie hat ergeben, dass die Mischung unterschiedlicher Instrumente, wie eine zielgerichtete Technologiepolitik, ordnungsrechtliche Vorgaben, fiskalische Abgaben und Selbstverpflichtungen, die Position der deutschen Chemieindustrie in der Vergangenheit sogar gestärkt haben. Zukünftig müssen der Ressourceneinsatz gesenkt und die Kreislaufwirtschaft stärker gefördert werden.

Weiterhin fordert die SPD-Bundestagsfraktion:

- Wir wollen ein Trennbankensystem etablieren und endlich die Finanztransaktionssteuer einführen.

- Um die angestrebte sozialökologische Transformation zu finanzieren, sind die Anhebung des Spitzensteuersatzes sowie eine ausgewogene Vermögensbesteuerung unerlässlich.

- Wir wollen einen Ressourceneffizienz-Steckbrief für Chemikalien einführen, u.a. für die Nachhaltigkeits-Berichterstattung und um die Zulieferkette nachverfolgen zu können.

- Wir wollen neben globalen Klimaverhandlungen auch den Handlungsspielraum auf europäischer und nationaler Ebene zum Klimaschutz nutzen.

- Wir lehnen die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 69 Jahre, auch für Beamte, ab. CDU/CSU und FDP erwägen dies, um die Tragfähigkeitslücke der öffentlichen Haushalte zu schließen.

5. Arbeitswelt, Konsumverhalten und Lebensstile

Zwei Aussagen konnten im Konsens formuliert werden: Zum einen, dass Lebensstile und Konsumverhalten nicht nur durch eigene Präferenzen und soziale Strukturen geprägt werden, sondern auch durch staatliche Rahmenbedingungen und das Produktangebot. Zum anderen, dass vor allem in den Bereichen Ernährung, Mobilität und Wohnen durch den Staat geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen sind.

Wir betonten während der Erörterungen, dass eine sozial-ökologische Transformation neben technischen auch soziale Innovationen benötigt. Unsere Lebensweise, die sich stark durch Lebensstile, Arbeitswelt und Konsumverhalten manifestiert, entscheidet über den Erfolg eines solchen Umbaus. Die Rahmenbedingungen für Menschen und Unternehmen müssen so geschaffen werden, dass sich soziale und kulturelle Innovationen umsetzen lassen und sich nachhaltige Lebensstile etablieren können.

Die darüberhinaus gehenden wichtigsten Feststellungen für die SPD-Bundestagsfraktion sind:

- Bildung ist eine zentrale Voraussetzung für Nachhaltigkeit, denn sie eröffnet den Menschen auch Teilhabe am sozialen und gesellschaftlichen Leben.

- Wir sprechen uns gegen ein Grundeinkommen aus, denn es verstärkt die geschlechterspezifische Arbeitsteilung.

- Es müssen neue Arbeitszeitmodelle (z. B. kleine Vollzeit/30 Wochenstunden), die mehr Selbstbestimmung über die eigene Zeit schaffen und eine geschlechtergerechte Aufteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit ermöglichen, erprobt werden.

Unsere Vorstellung zukunftsfähiger Arbeit zielt auf Vollbeschäftigung in qualitativ hochwertiger Arbeit ab. Wir wollen die Lebensqualität der Beschäftigten durch die Umsetzung von „guter Arbeit“ und einer höheren Wertschätzung von Arbeit verbessern.

Fortführung der Arbeit

Die SPD-Bundestagsfraktion betrachtet die Arbeit der Enquete-Kommission als noch nicht abgeschlossen. Eine der Kernfragen wurde nicht ausreichend beantwortet: die Frage nach Wachstumszwängen und Wachstumstreibern. Auch die Frage, wie unser Wirtschafts- und Sozialstaatsmodell auf geringe Wachstumsraten reagieren kann, wurde nicht erörtert. Zudem sind die Themen Arbeit, Lebensstile und Konsum nicht abschließend behandelt worden. Sie müssen im neuen Parlament in geeigneter Form diskutiert und weiterentwickelt werden.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die erzielten Ergebnisse und Vorschläge der Enquete-Kommission in der kommenden Legislaturperiode in konkreter Gesetzgebung münden. Neben der parlamentarischen Verantwortung wollen wir die zivilgesellschaftliche, außerparlamentarische Debatte intensiv fördern und begleiten – auch auf europäischer und globaler Ebene. Das Gelingen der sozialökologischen Transformation ist eine kulturelle Aufgabe und erfordert deshalb eine erheblich stärkere Verschränkung von Politik und Gesellschaft.

WWW.SPDFRAKTION.DE

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB, PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN
HERSTELLUNG: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, ÖFFENTLICHKEITSARBEIT
TEXT | REDAKTION: EDELGARD BULMAHN MdB, ALEXANDER AMERSBERGER |
STAND: AUGUST 2013
FOTOS: © KLAUS VHYNALEK (TITEL), BILDERBOX.COM (S. 4), STM/PHOTOCASE.COM (S. 9)

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIEN T AUSSCHLIESSLICH DER INFORMATION. SIE DARF WÄHREND EINES WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.

Neue Wege gehen

Ergebnisse der Fortschritts-Enquete

NEUE WERTSCHÖPFUNG UND GUTE ARBEIT

